

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montags, Mittwochs und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abböler 1,75 M., durch Polen ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,50 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenpreise betragen über deren Raum 15 Pfg., die Spaltenpreise Kleinzettel 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiederbezahlung unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegungsgebühr: 10 — M., das Ausland, zuzüglich Postgebühren. / Der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 32

Dienstag, den 15. März 1932

34. Jahrg.

## Nutzholzversteigerung.

Wir geben hiermit bekannt, daß in etwa 3 Wochen im **Stadtförst Oppin** (Einödlung vom Kahlberg) noch **250 festerer Brett- und Bauhölzer** zur Versteigerung gelangen.

Kemberg, den 12. März 1932.

Der Magistrat.

## Termin der preussischen Landtagswahlen.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Berlin, 12. März.

Auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen gibt der Reichspräsident folgende Erklärung ab:

„Die Behauptung, daß ich die Absicht hätte, die Landtagswahlen in Preußen und anderen Ländern durch eine Notverordnung hinauszuverschieben; ist eine dreifache Wafflüge. Als Hüter der Verfassung und als über dem Kampf der Parteien stehendes Reichsoberhaupt ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlen zu den gekennzeichneten Terminen stattfinden.“

gez. von Hindenburg.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet hierzu, daß an den 17. April, also eine Woche nach dem etwaigen zweiten Wahlgang für die Präsidentschaftswahl, als Termin für die preussischen Landtagswahlen gedacht sei.

## Werbungskosten für die freien Berufe.

Der Reichsfinanzminister verfügt.

Berlin, 13. März.

In einer Verfügung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Die Verordnung über die Festsetzung von Durchschnittssätzen für die Werbungskosten bei Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Gewerbetreibender vom 30. Januar 1930 gilt auch für die bevorstehende Veranlagung. Künftig sind auch die Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Gewerbetreibender — soweit sie der Gewerbesteuer unterliegen — zur Buchführung verpflichtet, wenn sie nach der bei der letzten Veranlagung getroffenen Festsetzung entweder 1. Gesamtumsatz (einschließlich des Feuererlöses Umsatzes) von mehr als 200 000 RM oder 2. Betriebsvermögen von mehr als 50 000 RM oder 3. Gewerbesteuertrag von mehr als 6000 RM gehabt haben. Die Vorschrift tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

Um eine reibungslose Anwendung der Vorschriften sicherzustellen, ist in Aussicht genommen, daß die Spitzenverbände der freien Berufe Werbeplättchen für die Buchführung ihrer Berufsangehörigen aufstellen und dem Reichsfinanzminister zur Genehmigung vorlegen.

## Auflagen nur bei amtlichem Inhalt.

Eingreifen des Reichsministers in einem braunschweigischen Sonderfall.

Das braunschweigische Staatsministerium hatte eine braunschweigische Zeitung aufgefordert, den Schriftsatz eines Rechtsanwalts abzurufen, der eine Entgegung auf ein Schreiben darstellte, das den nationalsozialistischen Führer, Hauptmann a. D. Köhler, in der bekannten Weise anfeindete.

Das Reichsinnenministerium hat darauf in einem Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium mitgeteilt, daß die Bestimmungen über die Aufnahme einer Entgegung in eine Zeitung infolgedessen abgeändert worden sind, als die Aufnahme einer Entgegung nicht nur von amtlicher Stelle ausgeben, sondern auch amtlichen Inhalt haben müßte. Das Vorgehen des braunschweigischen Staatsministeriums stelle daher einen Mißbrauch der Notverordnung dar.

Der Reichsinnenminister unterlege ein Vorgehen gegen die betreffende Zeitung, falls sie die Entgegung nicht gebracht haben sollte. Der Reichsminister erwidert am 2. März, nachricht, was die braunschweigische Regierung veranlaßt habe.

## Kein Verhandeln mit Simmat.

Die Stellung der Fraktionen der Mehrheitsparteien im Memelgebiet.

Memel, 13. März.

Die Fraktionen der Mehrheitsparteien, Volkspartei und Landwirtschaftspartei, haben an den Gouverneur folgendes Schreiben gerichtet: „Dowohl Herr Simmatlich entgegen den parlamentarischen Verpflichtungen ohne Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien zum Präsidenten des Direktoriums hat ernennen lassen, waren die Mehrheitsparteien bereit, mit ihm über die Bildung des Direktoriums in Verhandlungen einzutreten und sich mit ihm zu verständigen. Herr Simmat hat aber durch die Ernennung des Herrn Tolidius zum Landesdirektor, die er den Mehrheitsparteien trotz des Fortgangs der Verhandlungen verheimlichte, und durch die brisierende

Art seines Ultimatums vom 11. März die Verhandlungen über die Direktoriumsbildung durchkreuzt.

Er hat damit das Ansehen seiner Persönlichkeit bei den Mehrheitsparteien erschüttert und eine Atmosphäre starken Mißtrauens geschaffen. Die Mehrheitsparteien können demnach Herrn Simmat als Präsidenten des Direktoriums nicht mehr hinhängen und sind nicht mehr bereit, mit Herrn Simmat zu verhandeln. Sie erklären jedoch ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums auf parlamentarischer Grundlage einzutreten.“

## Polens unerhörte Zumutung.

Danziger Zollbeamte sollen den Eid auf Polen leisten.

Danzig, 13. März.

Der Wortlaut des polnischen Antrages an den Danziger Völkerverbundskommissar auf Entsendung in der Danziger polnischen Zollfreizone, der unter dem 1. März in polnischer Sprache beim Grafen Grajnia eingereicht worden war, ist nunmehr dem Danziger Senat übermittelt und überlegt worden. Polen nimmt in dem Antrag den Standpunkt ein, daß Danzig gegen die Vorschriften und Absichten des Verfallertvertrages und der Pariser Konvention verstoßen habe.

Aus diesem Grunde fordert Polen, wie bereits zuverlässig verlautet, eine völlige Auslieferung der Danziger Zollverwaltung an Polen. Polen beanprucht, wie es heißt, in diesem Antrag für sich auf dem Danziger Gebiet das Recht der Durchführung der politischen Zollmaßnahmen, will also Danzig die Zollverwaltung völlig entziehen. U. a. stellt Polen das Verlangen, daß die Danziger Zollbeamten auf Polen vereidigt und Polen unterstellt werden.

## Englischer Protest.

Gegen die deutsche Beschränkung der Kohleneinfuhr.

London, 13. März.

Auf Anweisung der englischen Regierung hat der englische Botschafter in Berlin beim Auswärtigen Amt nachdrücklich Protest gegen die Herabsetzung der Kohleneinfuhr erhoben, die nach Deutschland eingeführt werden darf.

Der Botschafter habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß, soweit man bisher schließen könne, die Einschränkungen tatsächlich nur englische Kohle betreffen, und daß dies eine Sondermaßnahme gegen England darzustellen scheine. Gegenüber einem früheren Monatsdurchschnitt der englischen Kohleneinfuhr in Höhe von 420 000 Tonnen sei die Kohleneinfuhr in den letzten Monaten auf 300 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt zurückgegangen, der im Februar infolge der deutschen Bestimmungen auf 185 000 bis 225 000 gelangete sei und durch die letzten Verfügungen auf 85 000 bis 125 000 Tonnen herabgedrückt werde. Natürlich seien die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenindustrie von der englischen Regierung nicht übersehen worden, und wahrscheinlich würden keine Einwendungen erhoben werden sein, wenn eine angemessene Kontingentsbeschränkung im entsprechenden Verhältnis auf alle Länder angewandt worden wäre, die Kohle nach Deutschland ausführen.

Aber Einschränkungen in einem solchen Umfang allein gegen die englische Kohle seien nach Ansicht der englischen Regierung offensichtlich „unfair“.

Der Botschafter habe weiter auf den Artikel 8 des deutsch-englischen Vertrages hingewiesen, der vorsehe, daß Deutschland gegen englische Waren kein Einfuhrverbot und keine Einfuhrbeschränkung erlassen dürfe, die nicht in gleicher Weise auch für die anderen Länder gelte. Einschränkungen, die nur englische Kohle träfen, ließen sich daher nach englischer Auffassung nicht mit dem Vertrag in Einklang bringen. Die englische Regierung habe die Hoffnung ausgedrückt, daß die frühere Einfuhrmenge von monatlich etwa 300 000 Tonnen wieder zugelassen werde, was ihr unter voller Berücksichtigung aller deutschen Schwierigkeiten als nicht unbillig ergehe. Sie liege nach etwas unter dem Durchschnitt von 1931.

## Der Sonderausschuß.

Eine dreifache Erklärung des Völkerverbundes.

Genf, 13. März.

Der Ausschuß und in unmittelbarem Anschluß daran die Vollversammlung des Völkerverbundes haben eine Erklärung einstimmig unter Stimmenthaltung der chinesischen und japanischen Vertreter angenommen, die eine neue Gruppe in den Bestimmungen des Völkerverbundes um einen Ausgleich im fernöstlichen Konflikt darstellt.

Die praktische Wirkung bleibt auch hier wieder abzuwarten, und die Hoffnung, daß bis spätestens zum 1. Mai über einen entscheidenden Fortschritt berichtet werden könne, die am Schlusse der Erklärung ausgesprochen wird, läßt zwar zeitlich einen ziemlichen Spielraum, ist aber auf Grund der bisherigen Erfahrungen wohl zurückhaltend formuliert.

Die Erklärung des Völkerverbundes gliedert sich in drei Teile.

Der erste faßt nach einmal die Grundzüge zusammen, von denen aus der Völkerverbund kein Eingreifen in den japanisch-chinesischen Konflikt rechtfertigt, und die Verpflichtungen, die die Bundesmitglieder übernehmen haben, und die in diesem Konflikt in Frage gestellt sind. Am zweiten Teil wird

die Notwendigkeit einer internationalen Beilegung derartiger Konflikte und der Ausdehnung jedes militärischen Drucks auf die Entschließung des Völkerverbundes unterstrichen. Der dritte Teil schließlich ist der wichtigste, denn er bestimmt die Bildung eines Ausschusses von 19 Mitgliedern.

Dieser Ausschuß soll sobald wie möglich über die Einstellung der Feindseligkeiten Bericht erstatten und auf die Durchführung der früheren Ratsentscheidungen hinwirken, nötigenfalls dem Völkerverbund die Einholung eines Rechtsgutachtens bei der Ganger Cour vorzuschlagen, und schließlich Maßnahmen anregen, die ihm dringend erscheinen.

Alle diese Anweisungen an den Sonderausschuß zeigen, daß man in Genf immer noch nicht mit der Zeit rechnet, die darüber notwendigerweise verstreichen muß, und in der, wie die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt hat, die Ereignisse sehr leicht die besagtenen Erklärungen und Pläne über den Haufen rennen können.

## Der Revolutionär als Regent.

Die neue Regierung in Irland.

Die irischen Republikaner haben gesagt, nicht so vollkommen freilich, daß sie nun die Minderheitsregierung im irischen Freistaat bilden, aber sie sind doch nur noch von der Arbeiterpartei abhängig, und die Arbeiterpartei will sie weitgehend stützen, wenn sie — eine Bedingung, die freilich nicht leicht zu erfüllen ist — gegen Wirtschaftsstreike und Arbeitslosigkeit etwas unternehmen können.

Von den 151 Sitzen im irischen Parlament sind den Republikanern 72 zugewiesen. Die Mehrheit beträgt 76 Stimmen. Die 9 Stimmen der Arbeiterpartei sind also unentbehrlich, um eine Mehrheit gegen die zusammen 70 Stimmen der Regierungspartei und der Landbinder zu bilden.

Diese Mehrheit ist gleich nach den Wahlen auf dem gemeinsamen Ministerrat, Außenminister und Chef der Gendarmerie, also Präsident des irischen Freistaates ist der Valera a. g. d. B. genannt, der Vorkämpfer der irischen Freiheitsbewegung, der die vollständige Trennung Irlands von England gepredigt hat.

Irland war immer ein unbehaglicher Besatz für England, und diese Unbehaglichkeiten waren nicht überstanden, als man 1921 den Iren eine eigene Verfassung zugestand. Der englische König ist, wie gegenüber allen Dominions, so auch gegenüber Irland das eigentliche Oberhaupt. Der Ministerpräsident und Präsident des irischen Freistaates muß dem englischen König den Treueid leisten und hier beginnt, elf Jahre nach der Schaffung einer eigenen irischen Verfassung die kritische Frage, mit der sich ganz England beschäftigt: wird der Revolutionär de Valera, der nicht nur einmal wegen seiner politischen Pläne, wegen seiner Widerstandsorganisationen ins Gefängnis wandern mußte, den Treueid leisten, oder wird er den Treueid durch einen Kampf um die vollkommene Unabhängigkeit Irlands sofort nach seinem Regierungsantritt beginnen.

Zum Teil scheinen die englischen Politiker sich auf einen offenen, zunächst wohl auf verfassungsrechtlichem Gebiet liegenden Kampf gefaßt haben.

De Valera hat freilich zunächst eine andere Taktik eingeschlagen. Er will offenbar, ehe er an die verfassungsrechtlichen Streitfragen herangeht, die darüber entscheiden werden, ob das jahrhundert alte Unabhängigkeitsverhältnis Irlands jetzt eine Wandlung erfährt, erst durch praktische Maßnahmen seine Stellung festigen.

## Weitere Divisionen nach China.

Vor einem neuen japanischen Angriff?

Moskau, 13. März.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion teilt mit, daß die japanische Regierung beschlossen hat, sechs Divisionen für die Entsendung nach Schanghai und nach der Mandchurei mobilzumachen. Die Entsendung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai soll das japanische Oberkommando beschlossen haben, sofort nach der Abreise des Völkerverbundsausschusses aus Schanghai einen neuen Angriff auf die chinesischen Stellungen zu unternehmen, um die Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking von den chinesischen Truppen zu fäubern. Die in nächster Zeit in Schanghai eintreffende 4. japanische Division werde diesen Angriff durchführen.

## Auffstand gegen die mandchurische Regierung.

Die chinesischen Truppen in Sachalan (sechs Kilometer von Blagoweschensk) haben gegen die neue mandchurische Regierung gemeutert. Sechs Kompanien mit Maschinengewehren haben den Aufstand eingeleitet. In der Stadt herrscht Anarchie. Chinesische Wehrgewalt dringen bis nach der russischen Stadt Blagoweschensk. Der japanische Generalstab und die chinesischen Beamten sind mit ihren Familien nach Blagoweschensk geflüchtet und haben die Sowjetregierung um Schutz gebeten. Mehrere Wehrgewalt in Sachalan, darunter das Gebäude der russischen Konsularverwaltung, sind ausgeplündert worden. Der Justizminister Grodman wurde von den meutenden Soldaten verprügelt und ist über die Grenze nach Sowjetrußland geflüchtet. Bei den Türken sollen zwei Japaner getötet worden sein.



# Reichspräsidenten-Wahl

Amthliches Ergebnis im Reich.

<b>Duefferberg</b>	<b>2557876 Stimmen</b>	<b>= 6,78%</b>
<b>Hindenburg</b>	<b>18661736</b>	<b>= 49,47%</b>
<b>Sittler</b>	<b>11328571</b>	<b>= 30,00%</b>
<b>Thälmann</b>	<b>4971097</b>	<b>= 13,32%</b>
<b>Winter</b>	<b>111477</b>	<b>= 0,29%</b>

An der absoluten Mehrheit für Hindenburg fehlten 168452 Stimmen.

## Der Verlauf des Wahltages.

Keine ersten Zwischenfälle in Berlin. — Blutige Zusammenstöße namentlich in Westdeutschland.

Berlin, 13. März.

Bis zum späten Nachmittag war der Wahltag in Berlin ruhig verlaufen. Der Andrang zu den Wahllokalen war bereits am Vormittag ziemlich stark, namentlich im Westen und in den westlichen Bezirken im Norden und Osten der Stadt war eine starke Wahlbewegung festzustellen. Die Wahlpropaganda selbst, die am Vortage eine wahre Papierflut über die Reichshauptstadt gebracht hatte, war am Wahltage selbst sehr ruhig. Die Polizei mußte in verhältnismäßig wenig Fällen zum Schutze der Wahlfreiheit eingreifen. In einem ersten Zwischenfall kam es bis zum Spätnachmittag (seitlich in der Bahnhofsstraße) zu einem Zusammenstoß zwischen einer Gruppe von Kommunisten und einer Gruppe von Nationalsozialisten. Ein Kommunist wurde verletzt. Mehrere Kommunisten, die der Tat verdächtig sind, wurden festgenommen. Anselm waren in ganz Berlin etwa 150 Zwangsverhaftungen erfolgt.

Im Gegensatz zu der Reichshauptstadt ging es im Reich selbst verhältnismäßig ziemlich ruhig zu. Ein erster Zwischenfall ereignete sich in Hildesheim bei Elberfeld, in dessen Verlauf drei Kommunisten erschossen wurden. Auch in diesen Fällen kam es zu ersten Ausschreitungen.

Auch in Thüringen gab es einen schweren Zusammenstoß. In Saalfeld überfielen Kommunisten einen nationalsozialistischen Umzug. Zwei Kommunisten und zwei Nationalsozialisten wurden verletzt. Einer der Nationalsozialisten erhielt einen lebensgefährlichen Augenschuß. Die Polizei nahm 40 Kommunisten fest. Im übrigen verlief der Wahltag in Mitteldeutschland sehr ruhig. Auch in Hamburg ereigneten sich keinerlei erste Zwischenfälle. Dagegen kam es in Burg in Dithmarschen (Provinz Schleswig-Holstein) in der Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten, wobei es drei Schwerverletzte gab. Ein Reichsbannermann erhielt einen lebensgefährlichen Brustschuß, ein weiterer einen Oberschenkel- und ein Nationalsozialist mehrere Messerwunden. Weitere Meldungen aus Braunschweig, Königsberg, München, Stuttgart, Gießen, Chemnitz, Magdeburg, Leipzig, Bremen, Köln, Düsseldorf, Hannover, Dresden, Weitz, Götting, Nürnberg, Frankfurt a. M. und Karlsruhe belegen übereinstimmend, daß die Wahl bei starker Beteiligung einen ruhigen Verlauf genommen hat.

## Zusammenstöße in Siegen.

Zwischengefall zwischen Polizei und Demonstranten. — Ein Unbeteiligter erschossen.

Am Anbruch am eine Wahlstimmung auf dem Marktplatz in Siegen am Sonnabend kam es zu schweren Ausschreitungen. Als nach Schluß der Kundgebung, bei der auch einige hundert Kommunisten anwesend waren, der Platz geräumt werden sollte, wurde die Polizei mit Steinen bedrängt. Auch wurde aus der Menge auf die Polizei geschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer, wobei ein Unbeteiligter, ein 43 Jahre alter Mann, Vater von vier unmündigen Kindern, durch einen Schuß getötet wurde. Die Polizei griff unter Anwendung des Gummiknüppels scharf durch und räumte den Platz.

Bereits am Sonnabendvormittag hatte sich in Siegen ein Zwischenfall ereignet. Die Nationalsozialisten hatten in der Hauptverkehrsstraße ein Breitengerät errichtet, auf dem ihre Plakate angebracht waren. Da diese verhältnismäßig abgelesen worden waren, wurden einige SA-Leute als Wache dorthin geschickt. Diese wurden plötzlich von etwa hundert Kommunisten überfallen. Die Nationalsozialisten hatten einen Schwer- und zwei Leichtverletzte. Die Polizei nahm einen der Haupttäter fest.

14 Verhaftungen in Köln.

Am Sonnabendabend kam es in Köln zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei ein Nationalsozialist verletzt wurde. Zwei Kommunisten sind festgenommen worden. Etwas später durchlief die Polizei ein kommunistisches Verhörslokal und beschlagnahmte eine Anzahl von Flugblättern, die als Schlagwerkzeuge hergerichtet waren. 12 Personen wurden hier in Haft genommen.

## Die Trauerfeier für Briand.

Tardieu's Rede am Sarge.

Paris, 13. März.

Die Kammer verabschiedete am Freitagabend einstimmig den bereits am Senat verabschiedeten Gedenktext, wodurch dem verstorbenen ehemaligen Außenminister Briand die höchste Ehrung des französischen Staates, das Verdienst um das Vaterland, zugesprochen wurde.

Punkt 2 Uhr wurde die sterbliche Hülle Briands vor dem Außenministerium aufgebahrt, worauf Ministerpräsident Tardieu das Wort zu seiner Trauerrede ergriß, die in ganz Frankreich durch Rundfunk verbreitet wurde.

Er sprach in der Hauptsache zu denen, die Briands Politik nicht mehr verstanden und häufig ungerührt kritisiert haben. Briand sei bald für eine Politik der Sanktionen, wie im Jahre 1921, bald für eine Verführung wie im Jahre 1925 eingetreten und habe sich durch Strömungen und Gegenströmungen der öffentlichen Meinung des Landes und der Welt durchkämpfen müssen, von Hoffnungen zu Enttäuschungen, von Enttäuschungen zur Wiederaufrichtung, ohne jemals das Ziel aus den Augen zu verlieren. Sein Weg sei gewesen, wie der des Wanderers in der afrikanischen Wüste. Drei Schritte vorwärts und zwei zurück. In gewissen Zeiten, in denen im Sommer 1930, habe er grausame Enttäuschungen erlebt. Damals sei die edelmütige Hilfe der französischen Bischöfe in der Tat verstanden worden. Tardieu fuhr fort: „Wer möchte es behaupten, daß

In Remberg verlief der Wahltag sehr ruhig. Von 1797 Wahlberechtigten löste 1561 ihr Stimmrecht aus, also annähernd 87%. Für die einzelnen Kandidaten wurden folgende Stimmen abgegeben:

Ort	Duefferberg	Hindenburg	Sittler	Thälmann	Winter
Remberg	277	349	622	319	8
Hadig	15	11	100	7	—
Schöllten	10	18	77	39	—
Mertwiß	8	—	—	14	1
Gommla	17	7	76	27	—
Atzich	15	1	54	16	—
Subitz	10	9	53	41	2
Wotta	21	42	152	42	—
Reuden	17	44	30	35	—
Gnieß	7	29	42	27	1
Bezauß	78	285	276	109	1
Hadig	57	289	181	69	2
Segebrunn	146	146	193	163	—
Uthausen	7	41	73	12	—
Selzig	14	13	184	16	1
Rüschena	28	30	74	16	—
Lammendorf	45	31	76	9	—
Bannau	47	—	47	4	3
Schmidberg	455	462	673	222	5
Stornowitz	108	906	311	473	3
Gröbenpalmchen	166	1123	780	619	15
Wittenberg	609	609	901	226	15
Wittenberg (Stadt)	1910	5701	5045	3543	—
Wittenberg (Landkreis)	3659	9814	11165	7881	91

Vergleichsweise führen wir noch einmal das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 an, bei der in Remberg folgende Stimmen abgegeben wurden:

Sozialdemokratische Partei	164
Deutschnationale Volkspartei	66
Zentrum	4
Kommunistische Partei	282
Deutsche Volkspartei	78
Staatspartei	48
Wirtschaftspartei	224
Nationalsozialisten	448
Großdeutsche Liste	19
Deutsches Landvolk	72
Zukunftspartei	15
Konservative Volkspartei	4
Christlich-Sozialer Volksdienst	26
Weitere Splitterparteien	7

Das Wahlergebnis im ganzen Reich ergibt ein starkes Anwachsen der NSDAP und eine geringe Vermehrung der kommunistischen Stimmen. Der Gewinn der NSDAP erstreckt sich auf das ganze Reich mit Ausnahme von Hessen und Hamburg. In diesen beiden Staaten fanden im Jahre 1931 Wahlen statt. Gegenüber dem damaligen Ergebnis hat die NSDAP in Hessen 11000 Stimmen verloren, und in Hamburg 2000 Stimmen.

Die Ergebnisse der einzelnen Wahlkreise

Wahlkreis	Duefferberg	Hindenburg	Sittler	Thälmann
Oldenburg	139466	50776	402289	116444
Berlin	90701	588771	247247	370065
Worms II	100175	707647	278510	191960
Potsdam I	129280	506275	374415	229679
Frankfurt a. O.	119368	400499	319743	65154
Kommern	38345	870443	323897	88281
Braunschweig	81087	514869	403869	96862
Viegnitz	62839	338029	275084	46741
Oepfen	54563	369841	185300	102639
Magdeburg	32097	471019	351029	107417
Merseburg	103542	298019	237308	201378
Thüringen	188332	507859	450580	246916
Schleswig-Holstein	61888	393323	414861	100250
Wester-Oms	81835	467485	271504	70176
Oldenburg	77716	252900	240653	49115
Braunschweig	71570	609056	465581	67829
Westfalen-Ost	75534	882344	318607	178943
Westfalen-Süd	44385	789749	369283	279441
Westfalen-Nord	57311	873228	516836	167171
Rhein-Land	81959	819584	215949	138786
Rhein-West	52859	420415	155556	52185
Düsseldorf-Ost	47267	594208	334732	319808
Düsseldorf-Süd	54539	564405	626991	190029
Oberbayern-Schwaben	31176	678484	376 87	116109
Niederbayern	8372	478630	150240	42787
Franken	61978	812858	558246	89128
Welfa	11300	282497	196134	63365
Dresden-H.	72414	625574	542899	148416
Preußen	26412	155270	237865	14501
Chemnitz	55653	410910	478779	286003
Württemberg	83959	850453	689718	145142
Baden	28546	720412	385505	188326
Hessen-Darmstadt	10185	427837	281176	104853
Hamburg	37689	445091	200420	123808
Mecklenburg-Vorpommern	60016	242753	184000	46123

man grundsätzlich eine andere Politik hätte treiben können als die Politik Frankreichs seit 10 Jahren? Briand hat sich zuweilen täuschen können, er hat es selbst nicht bestritten. Nur diejenigen täuschen sich nicht, die nicht handeln.

Aber die allgemeine Linie der Friedenspolitik Briands ist die Frankreichs gewesen.

Man findet sie ungebrochen zur Zeit Clemenceaus im Friedensvertrag, zur Zeit Herriot's im Vertrag Prototoff, zum Zeit Briands im Locarno-Vertrag, heute im Memorandum von 1931 und den Vorschlägen unterer Regierung auf der Genfer Konferenz.

Ich stelle fest, wie es Augustin im vergangenen Jahre tat, daß Briand im Dienste dieser Politik niemals eine Preisgabe der militärischen Bürgerpflicht angelernt oder gewünscht hat.

In keinem Augenblick, wie sehr auch Verhandlungen dadurch hätten erleichtert werden können, hat er von den Ministern der Landesverteidigung Opfer verlangt. „Schweigheit vor allem“ war sein Zeitwort, von dem er sich nicht entfernte hat. Tardieu schloß seine Rede mit den Worten: „Er war der Dolmetscher einer der mächtigsten Strömungen einer schmerzlichen Zeit. Deshalb beweist ihn das Volk wie einen Apollon.“ Nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten fand der Vorbeimarsch der Truppen statt, worauf der Trauerzug gebildet wurde, der den Beisetzungen über die Hauptstraßen und Plätze der Stadt bis zum Friedhof geleitete. Der Beisetzungsakt selbst wurde von Mitgliedern der Vereine ehemaliger Kriegsteilnehmer begleitet. Ihnen schlossen sich auch die Angehörigen des verstorbenen Staats-

mannes und seine nächsten Mitarbeiter an. Es folgten die Vertreter des Präsidenten der Republik und der ausländischen Staatschefs, die Präsidenten von Kammer und Senat, die Mitglieder der französischen und ausländischen Regierungen, das diplomatische Korps, die Mitglieder der Kammer und des Senats und schließlich die Vertreter der verschiedenen Vereinigungen, Würdenträger Frankreichs und anderer Länder usw.

Die Außenminister Englands, der Bischof von London, Bonens und Anorons nahmen neben Außen Chamberlain, Eyman und Malcolm MacDonald ebenfalls an der Trauerfeierlichkeiten teil. Die Abordnung des Völkerverbundes stand unter Führung des Generalsekretärs Sir Eric Drummond.

Auf Anordnung des Unterrichtsministers hatten sämtliche Schulen Anbeugung erhalten, eine Stunde dem politischen Leben Briands zu widmen und den Schülern das große Friedenswerk des ehemaligen Außenministers vor Augen zu führen.

## Selbstmord Ivar Kreugers.

Des Zündholzfönigs Glück und Ende.

Stockholm, 14. März.

Die internationale Finanzwelt wurde am Sonnabend durch eine sensationelle Nachricht überrascht. In Paris hat sich Ivar Kreuger, der schwedische Zündholzfönig, einer der größten Industriellen der Welt, erschossen. Grund des Selbstmordes ist, wie Kreugers Mitarbeiter angedeutet, Nervenzusammenbruch, der auf die rasche Arbeit zurückzuführen ist. Nach anderen Meldungen sollen Kreuger unüberwindliche finanzielle Schwierigkeiten zu diesem verweifelten Schritt getrieben haben. Infolge beunruhigender Nachrichten waren die Kreuger-Papiere in den letzten Tagen in Stockholm sowie an allen Weltbörsen stark gefallen. Der Konzern befindet sich in einer Liquidationsfrist. Klägliche Beträge, darunter allein in Deutschland 500 Millionen RM, sind im Ausland festgelegt.

Kreuger war am Freitag aus Amerika, wo er sich zwei Monate aufgehalten hatte, in Paris eingetroffen. Am Freitagvormittag sollte er auf Grund einer Verabredung eine wichtige Besprechung mit einer Reihe amerikanischer, französischer und englischer Bankiers haben. Als der schwedische Finanzmann zur festgesetzten Zeit nicht erschien und länger Zeit auf sich warten ließ, besaß sich der stellvertretende Generaldirektor Litzo in der Wohnung Kreugers in der Avenue Victor Emmanuel. Es zeigte sich, daß die Tür zum Schlafzimmer des Zündholzfönigs verschlossen war und daß auf mehrfache Klopfen niemand antwortete. Man brach die Tür auf und fand Ivar Kreuger vollkommen am gegogen auf seinem Bett. Neben ihm lag ein Revolver. Der sofort herbeigerufene Arzt stellte

Tod durch Herzschlag

fest. Von dem Tisch neben dem Bett fand man einen an Herrn Vittorin gerichteten Brief, in dem Kreuger erklärte, daß er von seiner schweren Krankheit unerwartet Genesung gelycht und daher beschlossen habe, aus dem Leben zu scheiden. Die Ärzte, die er in Amerika befragte, hätten ihm keine Hoffnung auf Genesung gegeben. Der Brief befindet sich in den Händen der Polizei. Wie weiter verlautet wurden in dem Schlafzimmer der möblierten Wohnung Kreugers drei Briefe gefunden, von denen einer an die Schwester des Toten gerichtet war. Der Zündholzfönig lebte in letzter Zeit außerordentlich nervös und nicht mehr als welen, so daß die Ärzte ihm geraten hätten, sich von der Arbeit zurückzuziehen. Schon vor drei Wochen habe Kreuger in Neumork einen Nervenzusammenbruch erlitten. Ein besonderer Grund zum Selbstmord soll im Augenblick nicht vorgelegen haben. In Paris behauptet sich entgegen der obigen Lesart das Gerücht, daß finanzielle Gründe für den Selbstmord Kreugers maßgebend gewesen seien.

## Der Lebensgang Kreugers

Ivar Kreuger ist 52 Jahre alt geworden. Sein Vater, Konul Ernst Kreuger, war Direktor einer kleinen Zündholzfabrik in Ralmar. Die Vorfahren Kreugers sind deutschen Ursprungs und vor einigen Jahrhunderten aus Wismar nach Schweden ausgewandert. Nach langem Aufenthalt im Ausland, besonders in Amerika, kehrte Ivar Kreuger 1908 nach Stockholm zurück, wo er die Baufirma Kreuger & Trof gründete.

Einige Jahre später ging er in die Zündholzfabrik über, wo es ihm glückte, die im Weltweber stehenden schwedischen Zündholzfabriken in einem Trust zu vereinigen. Schritt für Schritt eroberte Kreuger jetzt die Streichholzindustrie der ganzen Welt. In über 40 Ländern unterstanden 150 Fabriken mit rund 50 000 Arbeitern der Kontrolle des schwedischen Zündholzfönigs. In vielen Ländern erwartete Kreuger aus finanziellen Gründen, indem er Anleihen gewährte, die sich zusammen auf über 1 Milliarde RM belaufen (Deutschland allein 500 Millionen RM).

Außer auf die Zündholzfabrik erstreckte sich der Einfluß des Kreuger-Konzerns auch auf Ergruben, Banken, Telefon- und Zellstoffindustrie. Vor einigen Wochen erwarb der Kreuger-Konzern auch die große Goldgrube Wadsten in Nordschweden. Die Kreuger-Unternehmungen hatten so r e i e i g e L u s m a ß e angemernt, daß sich die latter still immer mehr schwächerte. Man ist in Schweden allgemein der Ansicht, daß das Unternehmen durchaus solide ist, sich aber in Liquidationsschwierigkeiten befindet.

Im Vorjahre ist der Börsenwert der Kreuger-Papiere um über 1 Milliarde Kronen gefallen.

Die Nachricht vom Tode Ivar Kreugers erregt in ganz Stockholm großes Aufsehen. Kreuger war nämlich außerordentlich geachtet und beliebt. Am Gesellschaftsleben nahm er fast gar nicht teil. Er war unehelicher. Seine Eltern leben in Stockholm.

Vor einem Moratorium für die Kreuger-Unternehmungen?

Die schwedische Regierung beabsichtigt, anlässlich des Todes Ivar Kreugers im Reichstag die Vollmacht zu beantragen, um nötigenfalls ein Moratorium von einem Wodnar anordnen zu können. Dies soll insbesondere für die schwedische Großbank Scandinaviska Kredit-A. S. in Frage kommen.

## Fernost-Einschließung angenommen.

Genf, 12. März.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerverbundes hat auf dringlichen Antrag einstimmig angenommen, was, nämlich einstimmig der ihr vorgelegten Entschließung zu, mit der die Regelung des japanisch-chinesischen Konflikts



einem Sonderausdruck aus Bretzelen von 19 Mädchen übertragen wird. Ein Ausdrucksstück wurde dann der Aufsicht einhändig eingeleitet. Der japanische Vertreter hatte sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Sonderausdruck wird in der nächsten Woche zusammengetragen, um über die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln. Die Vollversammlung wurde vom Präsidenten mit dem Hinweis geschlossen, daß die Verammlung ihre ernste Pflicht erfüllt habe.

**Frowein zum Präsidenten der Internationalen Handelskammer ernannt.**

Paris, 12. März. Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat Franz von Wendelslohn zum Ehrenpräsidenten und den Vorsitzenden der deutschen Gruppe, Abraham Frowein, zum Präsidenten der Kammer ernannt.

### Unterredung Tardieu-Simon.

Ausprache über die Donaufrage.

Paris, 14. März.

Ueber die zweiseitige Unterredung zwischen dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu und dem englischen Außenminister Sir John Simon am Sonnabend liegen in politischen Kreisen vorläufig noch keine Einzelheiten vor. Simon hat der Presse erklärt, daß er von seiner Begegnung mit Tardieu außerordentlich befriedigt sei. Das gegenseitige Vertrauensverhältnis habe ihm gestattet, die Klärung der amtierenden Verhältnisse Tardieu zu überlassen. Am folgenden Tag verließ sich das Gericht, daß der britische Außenminister eine vorbereitende Ausprache über die Donaufrage mit den übrigen interessierten Mächten vorgehalten habe.

### Ehrgang für Dr. Brandes.

Verleihung des Adlerschildes.

Königsberg, 12. März.

Bei der Feier des 70. Geburtstages des Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, in der Stadthalle, überbrachte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Seidel, die Glückwünsche des Reichspräsidenten und der Reichsregierung. Der Minister führte in seiner Ansprache u. a. aus, Dr. Brandes habe über alle politischen Wirrnisse hinweg stets in vornehmer und sachlicher Weise das Zusammenarbeiten wesentlich erleichtert. Heute, mo anerkannte Führer seinen Leistungen, die ihre Früchtereifel bewährt haben, und die ihre Pflicht lediglich um der Pflicht willen tun, ohne Rücksicht auf ihre eigene Person auf ihren Posten auszuhalten. Solche Männer müßten es dem Schicksal der Deutschen, dem Reichspräsidenten, der sich dem Vaterlande auch in dem höchsten Alter nicht verläge, nachmachen.

Minister Seidel verlas dann ein Schreiben des Reichspräsidenten, in dem dieser Dr. Brandes seine herzlichsten Glückwünsche ausspricht und der Anerkennung für sein Lebenswerk durch die Verleihung des Adlerschildes an „den bewährten Führer der deutschen Landwirtschaft, den Hüter der Heimatliche“ Ausdruck gibt.

### Deutsche Tageschau.

Weitere Zunahme der Wohlfahrtsverbände.

Während in der Arbeitslosenversicherung die Arbeitslosenziffer bereits zu sinken beginnt und auch in der Krankenversicherung der Stillstand bald erreicht sein dürfte, ist die Zahl der Wohlfahrtsverbände im Februar unaußnahmlich weitergestiegen. Nach Mitteilung des Deutschen Städtetages nahm in den Städten mit über 25 000 Einwohnern die Zahl der Wohlfahrtsverbände im Februar um weitere 71 000 zu. Sie betrug Ende Februar 1 268 000 (gegen 1 197 000 Ende Januar). Das entspricht einer Steigerung im Februar um 6 v. H.

Einschränkung des Straßenhandels.

In der Öffentlichkeit sind Wünsche nach einer Einschränkung des Straßenhandels laut geworden. Dem zuständigen Seite ist darauf hingewiesen worden, daß eine Einschränkung zurzeit nur aus verkehrsrechtlichen Gründen möglich ist. Die Reichsregierung hat aber ein Gesetz über die Veränderung der Gewerbeordnung ausgearbeitet, in dem vorgeschlagen ist, daß die Regelung von Gewerbeorten (einschließlich des Straßenhandels) von dem Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden kann. Schon jetzt hat die preussische Staatsregierung die Regierungspräsidenten angewiesen, Standorte für den Standorte vor Geschäften, die nicht mit ähnlichen Waren handeln, auszuscheiden.

# JULIE RÖMER

Roman von Elisabeth Borchardt

79. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Grat Konrads Gesicht wurde plötzlich fahl, sein Blick verfinsterte sich, und seine Handflächen bebten, aber seine Stimme klang merkwürdig ruhig.

„Gewiß, ich kenne sie, sie war einige Zeit die Erzieherin meiner kleinen Schwester hier auf Moorau.“

„Wann recht. Und Sie kamen sie — näher?“

„Ach das — doch wozu dieses seltsame Verhör? — Ich begreife nicht, wie —“

„Ich dazu komme — wollen Sie fragen?“, fiel Heinz bebend ein. „Herr Grat — vielleicht begreifen Sie es eher, wenn ich Ihnen sage, daß ich — der Verlobte dieser Dame bin.“

„Ah!“ Eine unheimliche Stille trat für Sekunden in dem großen Gemach ein. Da sprang Heinz wild und von leidenschaftlicher Eiferdurst gepackt auf:

„Ihre Verlobten vertrat mir genug!“ schrie er außer sich. „Sie haben mir meine Braut — abwendig gemacht —“

„Gut, nicht weiter!“

„Und Grat Konrad war jetzt aufgeprungen und stand nun in dem Gemach mit stolzen abwesenden Blicken gegenüber: „Nun gibt Ihnen ein Recht, lo zu mir zu sprechen.“

„Das Recht gibt mir die unerklärliche — Misjah meiner Braut.“

„Wie?“ — Was sagen Sie da?“

„Mit weit geöffneten Augen hatte Grat Konrad den Professor an.

Heinz hatte seine fluge Selbstbeherrschung verloren; seine Gesichtszüge leuchteten sich bis auf das höchste Maß.

„Sie allein tragen die Schuld, und Sie werden mir Genugtuung geben!“ schrie er laut.

### Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 14. März, 1932

### Brandschäden durch veraltete elektrische Anlagen.

Die Zahl der nachweislichen Schäden durch alte, bedingliche, elektrische Licht- und Kraftanlagen nahm im Jahre 1931 bedeutend zu. Dies ist erklärlich, da die zum Teil etwa 30 Jahre alten Anlagen sehr oft veraltet sind und dadurch eine öffentliche Feuersgefahr darstellen. Hierzu kommen noch die Anlagen aus Kriegsmaterial. Die veraltete Installation der Licht- und Kraftanlagen in den landwirtschaftlichen Wirtschaftsräumen bis zum Jahre 1922 macht sich jetzt immer mehr bemerkbar. Demohi die Besitzer die Gefahr dieser alten Anlagen längst erkannt haben, ist es oft nicht möglich, die feuergefährlichen Mängel wegen Geldknappheit zu beseitigen. Vieles haben die Besitzer ihre Anlagen, besonders die Lichtanlagen in den landwirtschaftlichen Wirtschaftsräumen, mit Rücksicht auf die drohende Gefahr schon selbst spannunglos gemacht. Nur mit Hilfe der Beihilfen, die die Feuerversicherungen ihren Versicherungsnehmern zu den Kosten der Umänderung der alten, bedinglichen elektrischen Anlagen in landwirtschaftlichen Wirtschaftsräumen gewähren, war es möglich, eine große Anzahl von Anlagen in einem feuergefährlichen Zustand bringen zu lassen.

\* Auf einem Stimmzettel glaubte ein Wähler seinem Herzen mit folgendem Vers laut machen zu müssen:

Romm Herr Brünning, ich unser Galt  
und nimn noch alles, was du uns gefassen hast.

**Gräfinhändeln.** (Wahlhumor.) Zum Reichspräsidenten-Wahl wurden uns aus dem Lokale nachtschöne reiß humorvoll gehaltene Zettel zugeandt: Die Wahl rückt näher und näher, aber noch bin ich nicht so recht orientiert, wenn ich eigentlich meine Stimme geben soll. Komme ich in die Wahlversammlung, so schimpf ich auf den und diesen auf jenen, so daß ich genau lo klug bin wie vorher. Wer hilft mir da das Mädel lösen. Am besten ist, ich gehe zu gar nichts mehr und wähle nach der Seite hin, wo mich der Schuh drückt, dann wird es wohl richtig sein. Oder ich gehe mit Hitler auf den Dackelberg und schaue nach der Hindenburg, vielleicht treffe ich auch dort Dälemann, der kann mir vielleicht sagen, ob Winter auch die „grünen“ Laufendmattschneie aufweisen will. Wenn ja! Na, dann wähle ich eben in meinen eigenen Interesse den Winter, trotzdem mir der „Sommer“ viel lieber ist.

**Deffau** (Gefängnis für eine unüberlegte Geschichte.) Ein bisher unbefangener Mann, der Zeiger Karl Wölke in Deffau-Freiburg, hat sich mit einem idyllischen Streich eine Gefängnisstrafe zugezogen. Er war nächtlernerweise auf einen unbedeutenden Hade gefahren und hatte dafür ein polizeiliches Strafmandat über 5,70 Mark bekommen. Da geriet ihm eine Rechnung der Juniors-Kaloriserwerke in die Finger. Er schnitt den beschriebenen Teil ab, so daß nur ein unbedeutendes Stück Papier mit der gedruckten Unterschrift der Verklebung übrig blieb. Darüber schrieb er die Mitteilung, daß er zu der fraglichen Zeit im Betriebe tätig gewesen sei, und diesen Zettel legte er dann der Polizei vor und bat um Zurücknahme des Strafmandats. Das Deffauer Schöffengericht, vor dem sich Wölke zu verantworten hatte, sah die Mäße so munde wie nur möglich an, aber einer Woche als Mindeststrafe blieb für die Unterdanfälligkeit in Tateinheit mit Betrugsversuch unter allen Umständen übrig. Auf die einzige sich das Gericht denn auch, ohne daß es sich erst in das Beratungskomitee zurückzog.

**Großfogan, 11. März.** Beim Holzschneiden verunglückte heute mittag an der Kreisstraße der Landwirtssohn Kurt Naumann dadurch, daß ein Stück Holz zurücksprang und ihm ins Gesicht schlug. Es zerrüttete das Nasenbein und verletzte ein Auge schwer. Nach Anlegung eines Notverbandes durch einen Arzt aus Schmiedebach machte sich seine Lebensführung in das Paul Gerhard-Stift in Wittenberg erforderlich.

**Zweithan.** (Betruß am Wert.) Hier hielt sich ein Reisender namens Arthur Futz, der angeblich für eine Firma Beutler & Co., Görlitz, Bedarfsartikel für Schmweizer vertrieb, in Zweithan und Umgegend auf. Er beludete vornehmlich die Güter und ließ sich beim Kaufabschluss eine Anzahlung geben. Jetzt stellte sich heraus, daß sehr viele

Schweizer einem Schmweizer in die Hände gefallen sind. Die Staatsanwaltschaft ist bereits auf der Suche nach ihm.

### Arbeitspflichtige fürmen das Gemeindefaun.

**Unterleuchtsenhal.** Vor dem bieleger Gemeindebureau kam es zu schweren Auseinandersetzungen, weil einigen Erwerbslosen wegen Verweigerung von Arbeitsstellen die Unterleuchtsenhal nicht ausgezahlt worden war. Es sammelte sich eine demonstrierende Menge an, die sich fändig vernehme und schließlich zum Sturm auf das Gemeindefaun vorging. Drei Landjäger mit vorgehaltenen Schußwaffen und dem Gummistück hielten die Menge zurück, bis Verleuchtsenhal zum Stalle eintraf. Die Straße wurde nunmehr geräumt. Sieben Personen wurden verhaftet und gegen dreizehn wurde Haftbefehl erlassen.

### Die „Kotterwirtschaft“ in der Feuerwerksfabrik.

Verworfenne Reuifion.

**Magdeburg.** Das Reichsgericht in Leipzig hat die Revision des Kaufmanns Bernhard Richter, Magdeburg, der im Prozeß wegen der Explosionskatastrophe auf Fort X von der Magdeburger Strafkammer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen. Wie noch in aller Erinnerung, floß bei dieser Katastrophe die Feuerwerksfabrik des Angeklagten in die Luft. Dabei wurden eine Arbeiterin, die 170 Meter weit geschleudert wurde, und ein benachbarter Anwohner, der in seinem Garten von einem herumfliegenden Gesteinsstück getroffen wurde, getötet; acht weitere Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Die vermutliche Ursache der Explosion soll eine beim Ansetzen auf dem rauhen Steinboden entstandene Funtenbildung gewesen sein.

Das Reichsgericht bezeichnete die Zustände in der explodierten Fabrik als „Kotterwirtschaft“. Besondere Schutzvorkehrungen und zuverlässige Sicherheitsmaßnahmen fehlten. Das sei Richter durchaus bekannt gewesen. Wenn die getötete Arbeiterin sich selbst unvorsichtig benommen habe, so könne das den Angeklagten nicht im mindesten entlasten, denn das entspreche der von einem Betriebsinhaber zu berücksichtigenden allgemeinen Erfahrungsgrundsätzen.

Im Streit zwei Personen erschossen.

**Welleke b. Magdeburg.** Die Brüder Franke, landwirtschaftliche Arbeiter, getöteten mit den Arbeitern Schmiedewind und Frach, mit denen sie seit langem verfeindet waren, in Streit am 1. März ihre Zünderbombe. Schmiedewind wurde sofort tot, Schmiedewind kurz nachher. Die beiden Täter wurden verhaftet.

Wie mir zu der Zeit nach erfahren, liegen ihr politische Motive zu Grunde. Der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Schwarzvordog soll u. a. mit, daß die Täter Kommunisten seien und von ihrem Vater durch Jurist zu gewalttätigen Ausschreitungen aufgefordert waren. Daraufhin haben sie nach hiesigen politischen Abwechsel auf der Straße den Führer der atirigen Reichsbannerabteilung des Ortes, Franz Jan, und das Reichsbannermitglied Schmiedewind erschossen. Die Frau des erschossenen Schmiedewind sei von den Brüdern der Täter mit dem Gewehrholzen mißhandelt worden.

### Dresdener Bürgermeister Dr. Bähler Nationalsozialist.

**Dresden.** Der Dresdener Bürgermeister Dr. Bähler, der kürzlich aus der Sozialdemokratischen Partei seinen Austritt erklärt hatte, ist nunmehr zur NSDAP übergetreten.

Ein Bürgermeister vor der Disziplinarkammer.

**Dresden.** Vor der Sächsischen Disziplinarkammer begann die Verhandlung in der Disziplinarsache gegen den Bürgermeister Arno Kaiser und den Kasse berufsleiter Gerhard Alfred Ba u in Wiedersheim, gegen die das Ministerium des Innern die Disziplinarmaßnahme beantragt hatte. Es handelt sich um Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung in Wiedersheim, durch die Verluste von über 500 000 Mark entstanden sind. Die Verhandlung dürfte über eine Woche dauern.

### Neuer Beamtenschule wird geschlossen.

**Niedera b. Grimma.** Nach vierjährigem Bestehen muß die hiesige Beamtenschule mit der jetzt erfolgten Abgangsprüfung ihre Pforten schließen, da alle Verhandlungen mit dem Ziel, den Betrieb dieser Schule weiter aufrechtzuerhalten, gescheitert sind. Späterer Bürgermeister a. D. Gräber hielt die Entlassungs- und Schließungsrede.

### Schulfschließung wegen Kostenmangels.

**Tschicht.** Wie verlautet, mußte der Unterricht an der Volksschule in Tschicht eingestellt werden, da angesichts der Finanzlage der Gemeinde kein Heimaterial beschafft werden konnte.

bei ihrem Anblick wie heller, lichter Sonnenschein. Wir haben uns verhältnismäßig sehr selten, aber doch oft erlaubt, daß ich auch ihre hohen edlen Eigenschaften, ihre außerordentlichen Kenntnisse loben konnte. Aber ihre Familienverhältnisse sprachen sie nie, nachdem es sich gleich zu Anfang herausgestellt hatte, daß ihr Vater ein nicht hochgeschätzter Lehrer an der Universität in Berlin gewesen war. Auf meine Frage, wie die Tochter des berühmten Mannes in eine solche abhängige Stellung käme, antwortete sie mir, daß sie plötzlich ihr ganzes Vermögen verloren hätte. Später behauptete mir nie wieder die Vergangenheit, wir sprachen nur von der Willenshaft und disziplinierten darüber. Da machte ich eines Tages die Entdeckung, daß sie in dem bekannten wissenschaftlichen Streit meine Gegnerin war. Jetzt erlief ich die feurigen Eintreten für — Heinz Waldows Wert, doch ich frage mich noch immer vergeblich; warum verlor sie es mir, daß ich Ihre Braut war?“

„Nein, ich würde nicht einmal, daß sie überhaupt verlobt war, bis — bis ich habe daran war, für meine Liebe zu gehen — hören Sie wohl, Herr Professor — nur nate daran. Nie war ein Wort der Liebe zwischen uns gefallen, nie habe ich sie etwas von meinen Gefühlen merken lassen. Vielleicht hätte ich sie noch länger in meinem tiefsten Innern ertragen, wenn Fräulein Römer mir nicht eines Tages mitgeteilt hätte, daß sie für mich ein Brautverlöbte zurückgegeben wolle. Da dachte es mich wie ein Fieber — ich glaubte, sie zu verurteilen, wenn ich jetzt nicht spräche. Aber sie kam mit quor und — jagte mir, daß sie bereits gebunden wäre. Was ich bei dieser Erklärung empfand, darüber lassen Sie mich schweigen. In meinem Herzen war etwas erlitten, ich füllte mich in meinen besiegten Gefühlen verlor, ich hatte den Glauben an die Welt in dieser Stunde verloren. — Ihre ein Wort des Mißtrauens ging ich von ihr. Am nächsten Tage reiste sie ab — wir haben uns — ne wieder gesehen.“

Er hielt inne und in seinen Zügen judte es gramvoll und schmerzlich.

(Fortsetzung folgt.)







# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärische Unterhaltungsblatt“. Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streik u.ä. ersetzlicher Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Perifone oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Anzeigenzeile 40 Pfg., Auslaufgebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbezahlt gebührenlos oder durch Fernpostaufgebühren Anzeigen wird beiderseitig Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Raubend, zusätzlich Postgebühr. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 32

Dienstag, den 15. März 1932

34. Jahrg

## Nutzholzversteigerung.

Wir geben hiermit bekannt, daß in etwa 3 Wäldern im **Stadtforst Oppin** (Einöschung vom Kalkstein) noch **250 festerer Brettl- und Bauhölzer** zur Versteigerung gelangen.  
Kemberg, den 12. März 1932.  
Der Magistrat.

## Termin der preussischen Landtagswahlen.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Berlin, 12. März.

Auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen gibt der Reichspräsident folgende Erklärung ab:

„Die Behauptung, daß ich die Absicht hätte, die Landtagswahlen in Preußen und anderen Ländern durch eine Notverordnung hinauszuschieben, ist eine dreifache Unwahrheit. Als Hüter der Verfassung und als über dem Kampf der Parteien stehendes Reichsoberhaupt ist es für mich eine selbstverständliche Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Wahlen zu den gesetzlichen Terminen stattfinden.“

gez. von Hindenburg.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet hierzu, daß an den 17. April, also eine Woche nach dem etwaigen zweiten Wahlgang für die Präsidentschaftswahl, als Termin für die preussischen Landtagswahlen gedacht sei.

## Werbungskosten für die freien Berufe.

Der Reichsfinanzminister verfügt.

Berlin, 13. März.

In der Verfügung des Reichsfinanzministers heißt es u. a.:

Die Verordnung über die Festsetzung von Durchschnittssätzen für die Werbungskosten bei Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Erwerbszweige vom 30. Januar 1930 gilt auch für die bevorstehende Veranstaltung. Künftig sind auch die Angehörigen der freien Berufe und ähnlicher Erwerbszweige — soweit sie der Gewinnersteuer unterliegen — zur Buchführung verpflichtet, wenn sie nach der bei der letzten Veranstaltung getroffenen Feststellung entweder 1. Gesamtumsatz (einschließlich des steuerfreien Umsatzes) von mehr als 200 000 RM oder 2. Betriebsvermögen von mehr als 50 000 RM oder 3. Gewerbeertrag von mehr als 6000 RM gehabt haben. Die Vorschrift tritt mit dem 1. April 1932 in Kraft.

Um eine reibungslose Anwendung der Vorschrift sicherzustellen, ist in Aussicht genommen, daß die Spitzenverbände der freien Berufe Verlöflätter für die Buchführung ihrer Berufsangehörigen ausstellen und dem Reichsfinanzminister zur Genehmigung vorlegen.

## Auflagen nur bei amtlichem Inhalt.

Eingreifen des Reichsministers in einem braunschweigischen Sonderfall.

Das braunschweigische Staatsministerium hatte eine braunschweigische Zeitung aufgefordert, den Schriftsatz eines Rechtsanwalts abzurufen, der eine Entgegnung auf ein Schreiben darstellte, das den nationalsozialistischen Führer, Hauptmann a. D. Nöthen, in der bekannten Weise anstößte.

Das Reichsinnenministerium hat darauf in einem Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium mitgeteilt, daß die Bestimmungen über die Aufnahme einer Entgegnung in eine Zeitung insofern abgeändert worden sind, als die Aufnahme einer Entgegnung nicht nur von amtlicher Stelle ausgeben, sondern auch amtlichen Inhalt haben müßte. Das Vorgehen des braunschweigischen Staatsministeriums stelle daher einen Mißbrauch der Notverordnung dar.

Der Reichsinnenminister unterlege ein Vorgehen gegen die betreffende Zeitung, falls sie die Entgegnung nicht gebracht haben sollte. Der Reichsminister erücht um Drahtnachricht, was die braunschweigische Regierung veranlaßt habe.

## Kein Verhandeln mit Simmat.

Die Stellung der Fraktionen der Mehrheitsparteien im Memelgebiet.

Memel, 13. März.

Die Fraktionen der Mehrheitsparteien, Volkspartei und Landvolksfraktion, haben an der Generalversammlung des Ausschusses für die Memelregion teilgenommen. Obwohl Herr Simmat sich entgegen den parlamentarischen Gepflogenheiten ohne Fühlungnahme mit den Mehrheitsparteien zum Präsidenten des Direktoriums hat ernennen lassen, waren die Mehrheitsparteien bereit, mit ihm über die Bildung des Direktoriums in Verhandlungen einzutreten und sich mit ihm zu verständigen. Herr Simmat hat aber durch die Ernennung des Herrn Tolichius zum Vizepräsidenten, die er den Mehrheitsparteien trotz des fortwährenden Verhandlungsverwehrens, und durch die kritisierende

Art seines Ultimatum vom 11. März die Verhandlungen über die Direktoriumsfrage durchkreuzt.

Er hat damit das Ansehen seiner Persönlichkeit bei den Mehrheitsparteien erschüttert und eine Atmosphäre starken Mißtrauens geschaffen. Die Mehrheitsparteien können demnach Herr Simmat als Präsidenten des Direktoriums nicht mehr hinnehmen und sind nicht mehr bereit, mit Herrn Simmat zu verhandeln. Sie erklären jedoch ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit, in Verhandlungen über die Bildung eines Direktoriums auf parlamentarischer Grundlage einzutreten.“

## Polens unerhörte Zumutung.

Danziger Zollbeamte sollen den Eid auf Polen leisten.

Danzig, 13. März.

Der Wortlaut des polnischen Antrages an den Danziger Bänderbundeskommissar auf Entscheidung in der Danziger polnischen Zollfrage, der unter dem 1. März in polnischer Sprache beim Grafen Grajnowski eingereicht worden war, ist nunmehr dem Danziger Senat übermittelt und überlegt worden. Polen nimmt in dem Antrag den Standpunkt ein, daß Danzig gegen die Vorschriften und Absichten des Versailleser Vertrages und der Pariser Konvention verstoßen habe.

Aus diesem Grunde fordert Polen, wie bereits zuverlässig verlautet, eine völlige Auslieferung der Danziger Zollverwaltung an Polen. Polen beansprucht, wie es heißt, in diesem Antrag für sich auf dem Danziger Gebiet das Recht der Durchführung der polnischen Zollmaßnahmen, will also Danzig die Zollverwaltung völlig entziehen. U. a. stellt Polen das Verlangen, daß die Danziger Zollbeamten auf Polen vereidigt und Polen unterstellt werden.

## Englischer Protest.

Gegen die deutsche Beschränkung der Kohleneinfuhr.

London, 13. März.

Auf Anweisung der englischen Regierung hat der englische Botschafter in Berlin beim auswärtigen Amt nachdrücklichen Protest gegen die Herabsetzung der Kohleneinfuhr, die nach Deutschland eingeführt werden darf.

Der Botschafter habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß soweit man bisher schließen könne, die Einschränkungen tatsächlich nur englische Kohle betreffen, und daß dies eine Sondermaßnahme gegen England darzustellen scheine. Gegenüber einem früheren Monatsdurchschnitt der englischen Kohleneinfuhr in Höhe von 420 000 Tonnen ließe die Kohleneinfuhr in den letzten Monaten auf 300 000 Tonnen im Monatsdurchschnitt zurückgegangen, der im Februar infolge der deutschen Bestimmungen auf 185 000 bis 225 000 Tonnen sei und durch die letzten Verfügungen auf 85 000 bis 125 000 Tonnen herabgedrückt werde. Natürlich seien die Schwierigkeiten der deutschen Kohlenindustrie von der englischen Regierung nicht übersehen worden, und wahrscheinlich würden keine Einwendungen erhoben werden, wenn eine angemessene Kontingentsbeschränkung im entsprechenden Ver-

hältnis der Notwendigkeit einer sachlichen Beteiligung derartiger Konflikte und der Ausweitung jedes militärischen Drucks auf die Entscheidung des Bänderbundes unterliegen. Der dritte Teil schließlich ist der wichtigste, denn er bestimmt die Bildung eines Ausschusses von 19 Mitgliedern.

Dieser Ausschuss soll sobald wie möglich über die Einstellung der Feindseligkeiten Bericht erstatten und auf die Durchführung der früheren Ratsentscheidungen hinwirken, nötigenfalls dem Bänderbunde die Einholung eines Rechtsurteils bei der Ganger Court vorzulegen, und schließlich Maßnahmen anregen, die ihm dringend erscheinen.

Alle diese Anweisungen an den Sonderausschuß zeigen, daß man in Genf immer noch nicht mit der Zeit rechnet, die darüber notwendigerweise vorzuziehen muß, und in der, wie die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt hat, die Ereignisse sehr leicht die beabsichtigten Erklärungen und Pläne über den Haufen rennen können.

## Der Revolutionär als Regent.

Die neue Regierung in Irland.

Die irischen Republikaner haben geliegt. Nicht so vollkommen freilich, daß sie nun die Weingewinnung im irischen Freiland hätten, aber sie sind doch nur noch von der Arbeiterpartei abhängig, und die Arbeiterpartei will sie weitgehend stützen, wenn sie — eine Bedingung, die freilich nicht leicht zu erfüllen ist — gegen Wirtschaftsstreike und Arbeitslosigkeit etwas unternehmen können.

Von den 151 Sitzen im irischen Parlament sind den Republikanern 72 zugewonnen. Die Mehrheit beträgt 76 Stimmen. Die 9 Stimmen der Arbeiterpartei sind also unentbehrlich, um eine Mehrheit gegen die zusammen 70 Stimmen der Regierungspartei und der Landhändler zu bilden.

Diese Mehrheit ist gleich nach den Wahlen aufstrebend gekommen. Ministerpräsident, Außenminister und Chef der Gesteine, also Präsident des irischen Freistaates ist de Valera geworden, der Wortführer der irischen Freiheitsbewegung, der die vollständige Trennung Irlands von England gepredigt hat.

Irland war immer ein unbehaglicher Besitz für England, und diese Unbehaglichkeiten waren nicht überstanden, als man 1921 den Iren eine eigene Verfassung gegeben. Der englische König ist, wie gegenüber allen Dominions, so auch gegenüber Irland das eigentliche Oberhaupt. Der Ministerpräsident und Präsident des irischen Freistaates muß dem englischen König den Treueid leisten und ihr beginnt, elf Jahre nach der Schaffung einer eigenen irischen Verfassung die kritische Frage, mit der sich ganz England beschäftigt: wird der Revolutionär de Valera, der nicht nur einmal wegen seiner politischen Klänge, wegen seiner Widerstandsorganisationen ins Gefängnis mandieren mußte, den Treueid leisten, oder wird er den stets gepredigten Kampf um die vollkommene Unabhängigkeit Irlands sofort nach seinem Regierungsantritt beginnen.

Zum Teil scheinen die englischen Politiker sich auf einen offenen, zunächst wohl auf verfassungsrechtlichem Gebiet liegenden Kampf gefaßt haben.

De Valera hat freilich zunächst eine andere Taktik eingeschlagen. Er will offenbar, ehe er an die verfassungsrechtlichen Streitfragen herangeht, die darüber entscheiden werden, ob das jahrhundert alte Unabhängigkeitsverhältnis Irlands jetzt eine Wendung erfährt, erst durch praktische Maßnahmen seine Stellung festigen.

## Weitere Divisionen nach China.

Vor einem neuen japanischen Angriff?

Moskau, 13. März.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion teilt mit, daß die japanische Regierung beschlossen hat, sechs Divisionen für die Entsendung nach Schanghai und nach der Mandchurien mobilzuziehen. Die Entsendung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai soll das japanische Oberkommando befohlen haben, sofort nach dem Abreise des Bänderbundesauschusses aus Schanghai einen neuen Angriff auf die chinesischen Stellungen zu unternehmen, um die Eisenbahnlinie Schanghai—Nanking von den chinesischen Truppen zu säubern. Die in nächster Zeit in Schanghai eintreffende 4. japanische Division werde diesen Angriff durchführen.

## Aufstand gegen die mandchurische Regierung.

Die chinesischen Truppen in Sachalin (sechs Kilometer von Blagowestschensk) haben gegen die neue mandchurische Regierung gemeuert. Sechs Kompanien mit Maschinengewehren haben den Aufstand eingeleitet. In der Stadt herrscht Anarchie. Chinesische Gendarmen dringen bis nach der russischen Stadt Blagowestschensk. Der japanische Generalatolul und die chinesischen Beamten sind mit ihren Familien nach Blagowestschensk geflüchtet und haben die Sowjetregierung um Schutz gebeten. Mehrere Geschäfte in Sachalin, darunter das Gebäude der russischen Handelsvertretung, sind ausgeplündert worden. Der Zeitungsverleger Gromman wurde von den meuternden Soldaten verprügelt und ist über die Grenze nach Komtjatka geflüchtet. Bei den Anrufen sollen zwei Japaner getötet worden sein.



Denken aus der Bänderbund sein Eingreifen in den japanisch-chinesischen Konflikt rechtfertigt, und die Verpflichtungen, die die Bundesmitglieder übernehmen haben, und die in diesem Konflikt in Frage gestellt sind. Im zweiten Teil wird